

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

## ES GEHT UM MENSCHEN UND IHRE JOBS – NICHT UM JAHRESZAHLEN!

Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen,

Um die sogenannte „Verbrenner-Debatte“ wurde in letzter Zeit viel Getöse gemacht. Wer aber genau zuhörte, hat außer diesem Krach auch neue Töne gehört. Es gibt einen überlegten Ruf nach mehr Flexibilisierung. Auch aus der SPD. Und auch von mir.

Ja, ich habe es lange begrüßt, dass ab 2035 in Europa keine neuen Autos mit Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden sollten. Warum? Weil das der Wunsch unserer Automobilindustrie war. Die Branche wollte klare Ansagen zum Antriebswechsel, konkrete Zeitpläne.

Nun heißt es, ein vollständiges Aus ab 2035 schade der Branche, könne ihr sogar das Genick brechen. Und wir haben erlebt, wie das Verbrenner-Aus zu einer großen Ausrede für massiven Stellenabbau aufgeblasen werden sollte.

Für mich ist klar: **Baden-Württemberg ist ein Autoland, und so soll es bleiben. Wir wollen den Weg zum klimaneutralen Verkehr nicht verlassen, aber wir wollen auf diesem Weg nicht zerbrechen.**

Darum sollten wir offen für Gespräche sein. Aber in diesen Gesprächen muss es um Lösungen gehen. Oft hören wir doch nur Attacken auf eine Jahreszahl: 2035 muss weg! Und dann?

Wenn das bisherige Verbrenner-Aus 2035 nicht leistbar ist – **welcher Zeit-**



Wir von der SPD stehen an der Seite der Beschäftigten, wenn es um die Zukunft des Automobil-Standorts Baden-Württemberg geht.

**plan wäre dann leistbar? Und welche Flexibilisierung würde die gefährdeten Arbeitsplätze erhalten?** 2035 nur ein Aus reiner Verbrennermodelle, aber nicht für Hybride? Mehr Ausnahmen für alternative Kraftstoffe? Und wenn wir schon über Jahreszahlen reden: Wenn nicht 2035, was dann? 2040? 2050? Welche Pfade traut sich die Branche zu, ohne in eine Krise zu stürzen?

Klar ist auch: Wir wollen unseren Autofirmen helfen, aber wir wollen auch etwas dafür haben. Wir wollen, dass die Konzerne in diesem riesigen Wandel Strategien und Perspektiven entwickeln, die über die Renditen der kommenden zwei Jahre hinausreichen. Dass sie solide agieren und nicht panisch. **Klare Bekenntnisse und feste Zu-**

**sagen brauchen wir für den Erhalt der Arbeitsplätze. Mit Standortgarantien. Mit Investitionen in die Fertigung im Land, um die Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren.**

Mehr Freiräume auf dem Weg zur emissionsfreien Mobilität sind nötig, wenn wir einen Branchenbruch verhindern wollen. Neue Freiräume sind nötig, denn sie ermöglichen einen *Change by Design* statt einem *Change by Disaster*. **Doch diese Freiräume sind kein Freibrief für Nichtstun oder panische Kahlschläge bei der Beschäftigung – zu Lasten der Menschen in unserem Land.** Dagegen wendet sich die SPD mit aller Macht, drei Seiten weiter geht es in dieser Ausgabe erneut um dieses Thema.

Eine Flexibilisierung des vereinbarten Rahmens kann es nur dann geben, wenn nicht gleichzeitig in der Autoindustrie im Land in großem Umfang Arbeitsplätze abgebaut werden. Reden wir erst darüber – und dann über Jahreszahlen.

Euer

Andreas Stoch

# ERFOLG GIBT ES NUR IM TEAM

Mit voller Energie kamen unsere Kandidierenden für die kommende Landtagswahl in Stuttgart zusammen – gemeinsam mit ihren Wahlkampfteams sowie Spitzenkandidat Andreas Stoch und Generalsekretär Sascha Binder. Ziel des Treffens war es, sich auszutauschen, zu vernetzen und einen ersten Einblick auf die neue Kampagne zu gewinnen.



Zu Beginn machte Sascha Binder deutlich, worauf es in den kommenden Monaten ankommt. Er stellte die nächsten Schritte im Wahlkampf vor und betonte, wie wichtig es sei, den Menschen zu zeigen, warum es sich lohnt, SPD zu wählen.

Andreas Stoch griff diese Linie auf und brachte die politische Ausgangslage auf den Punkt: „Schwarz-Grün hat das Regieren eingestellt. Jetzt ist es an uns, das Land wieder nach vorne zu bringen.“ Besonders hob er den

Einsatz der Kandidierenden hervor und dankte ihnen für ihre Arbeit in den Wahlkreisen. Stoch betonte, dass es nun darum gehe, Baden-Württemberg gerechter, moderner und zukunftsfester zu gestalten.

Raphael Brinkert von der Agentur BrinkertLück, die den Landtagswahlkampf begleitet, stellte den ersten visuellen Entwurf der neuen Kampagne vor und machte deutlich: Im Mittelpunkt im Wahlkampf stehen die Menschen in unserem Land.



SPD-Landeschef Andreas Stoch und MdL Katrin Steinhilb-Joos verteilen Postkarten mit klarer Botschaft: „500 Euro fürs Müllzimmer? Wir können das ändern!“

**M**it einer ungewöhnlichen Aktion haben sich mehrere Abgeordnete und Landtagskandidierende in Baden-Württemberg direkt an Studierende gewandt. Vor Universitäten und Hochschulen verteilten sie Postkarten mit einer klaren Botschaft: „Du musst leben wie Oskar aus der Sesamstraße? Für 500 Euro in einem Müllzimmer? Wir können das ändern.“

Ziel der Aktion war es, auf die angespannte Lage vieler Studierender aufmerksam zu machen und direkt mit ihnen ins Gespräch zu kommen. In zahlreichen Gesprächen zeigte sich vor allem eines: Die hohen Mieten in den Universitätsstädten belasten die Studierenden enorm. Fünf der zehn teuersten Hochschulstandorte Deutschlands liegen in Baden-Württemberg.

Bezahlbarer Wohnraum ist vielerorts Mangelware. So leben etwa zum Semesterstart in Karlsruhe rund 30 Studierende in Notunterkünften, teilweise auf Feldbetten in Abstellräumen. Gründe dafür sind hohe Mietkosten, fehlende Angebote oder schlicht zu wenig Zeit für die Wohnungssuche.

## Mehr Wohnheimplätze

Nur zehn Prozent der Studierenden haben Zugang zu günstigen Wohn-

heimplätzen. Zwar stellt der Bund Fördermittel bereit, doch das Land hat bislang keine eigene Linie zur Förderung von Wohnheimen eingerichtet. Stattdessen wurden 2023 rund 65 Millionen Euro aus dem Bundesprogramm in die allgemeine Wohnraumförderung umgeleitet. Wir fordern: Die Mittel müssen

vollständig in den Bau von Studierendenwohnheimen fließen – und das Land sollte die Förderung mit eigenen Mitteln verdoppeln.

Auch die Studierendenwerke stehen seit Jahren unter Druck. Trotz Inflation hat die Landesregierung ihre Zuschüsse kaum erhöht, was die Arbeit der Werke erschwert. Die Folgen

spüren Studierende direkt: teureres und schlechteres Mensaessen. Mit einem „Solidarpakt Studierendenwerke“ wollen wir eine dynamische und inflationsgerechte Finanzierung sichern.

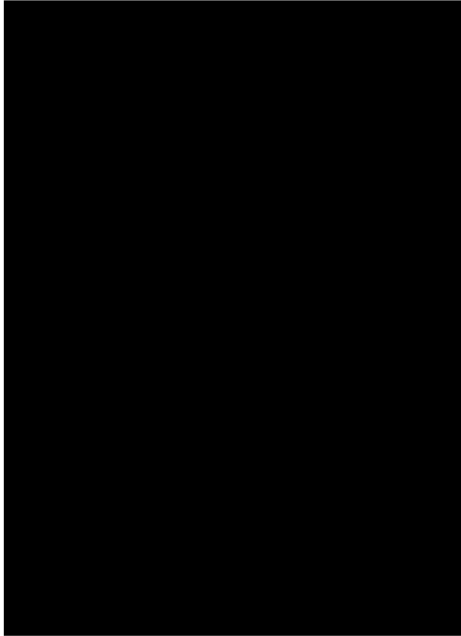
Darüber hinaus leidet die Lehre unter der Politik der Landesregierung. Für 2026 ist eine Nullrunde geplant, die Einsparungen von rund 91 Millionen Euro bedeutet. Wichtige Lehrangebote wie Tutorien, Übungen und Laborpraktika könnten weiter eingeschränkt werden. Wir fordern daher eine stabile Hochschulfinanzierung, um die Qualität der Lehre zu sichern und Studienabbrüche zu verhindern.

## LEBEN WIE OSKAR?



WIR KÖNNEN DAS ÄNDERN

## HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE



### IMPRESSUM

**Herausgeber:** SPD Landesverband Baden-Württemberg  
**Verantwortlich:** Sophia Zimmermann  
**Redaktion:** Sophia Zimmermann, Johannes Volz  
**Kontakt:** SPD-Landesverband Baden-Württemberg  
 Wilhelmsplatz 10 · 70182 Stuttgart  
**Fon:** 0711.61936-0 · **Mail:** kommunikation-bw@spd.de  
[www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)

# DAS RÜCKGRAT DER GESELLSCHAFT



Wenn Brände wüten, Städte überflutet werden oder Menschen vermisst werden, sind es unsere Ehrenamtlichen, die zur Hilfe kommen. Um die Menschen zu würdigen, die ihre Freizeit für die gute Sache opfern, besuchte Generalsekretär Sascha Binder Organisationen, wie das THW in Heidelberg, die Hunderettungsstaffel in Mannheim und das Rote Kreuz in Freiburg.

Da ein Bewerber und eine Ersatzbewerberin ihre Kandidaturen für die Landesliste der SPD zur Landtagswahl 2026 zurückgezogen haben, muss die Liste gemäß den Statuten durch eine Nachwahl ergänzt werden. Hierfür findet am **Samstag, 15. November 2025** um **15.00 Uhr** in der **Donauhalle in Ulm** eine **außerordentliche Landesvertreter:innenversammlung** statt.

Der verkürzte Bewerber:innenschluss ist der **5.11.2025**.

### TERMINE NOV '25:

MI 12. NOV · 19:00 > Präsidium

FR 14. NOV > Gremien im Vorfeld zum ordentlichen Landesparteitag

SA 15. NOV > Ordentlicher Landesparteitag

FR 28. NOV · 15:30 > Präsidium

### TERMINE DEZ '25:

SA 6. DEZ · 09:30 > Landesvorstand

ANZEIGE

## UNSERE POLITIK. UNSERE WERTE. SICHTBAR BEI DIR VOR ORT.

**SPD** Soziale Politik für Dich.

Gemeinsam zeigen wir, wofür wir stehen. Mit starken Plakaten zu aktuellen Themen, gestaltet für Deinen Schaukasten oder Dein Bürgerbüro.

JETZT WANDZEITUNGS-  
ABO BESTELLEN:

**SHOP.SPD.DE**

**CHANCEN FÜR ALLE**

Dafür sorgen wir mit einer fairen Steuerverteilung.

**DAS IST GERECHT.**

SPD DE Soziale Politik für Dich.

**E**s war kein Besuch mit Schönwetterterminen: Zwei Tage lang waren wir mit Matthias Miersch, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag, im ganzen Land unterwegs – und es ging hoch konzentriert um die zur Zeit so massiven, fast wöchentlich neuen Ankündigungen von Stellenabbau gerade in der Automobil- und Zuliefererbranche im Südwesten.

Was kann Politik tun? Eine Landesregierung könnte mehr tun als zusehen und mit den Achseln zu zucken, gar noch (in Person des grünen Verkehrsministers) zu erklären, ganze Werksverlagerungen nach Ungarn juckten ihn nicht. Was muss Politik tun? Zunächst einmal eine klare Haltung einnehmen und ein unmissverständliches Signal an die Konzernleitungen senden.

### SPD und Gewerkschaften stehen Seit' an Seit'

Am 1. Oktober haben wir mit Matthias Miersch, dem DGB-Landesvorsitzenden Kai Burmeister, Baden-Württembergs IG Metall-Chefin Barbara Resch und der IG BCE-Landesbezirksleiterin Catharina Clay eine Erklärung veröffentlicht. Ich zitiere in Ausschnitten:

„Gerade in einer solch schwierigen Phase müssen wir als Gesellschaft und Politik gemeinsam mit den Betrieben Verantwortung übernehmen ... Auch die Unternehmen müssen ihren Teil leisten und ihre Standorte und Arbeitsplätze aktiv sichern. Viele Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben erleben seit Jahren denselben Reflex: Kaum tun sich Ergebnislücken auf, sollen die Beschäftigten die Zeche zahlen. Dieses Muster darf sich nicht fortsetzen. Kurzsichtiger Stellenabbau ist keine Antwort auf die Transformation.“

Das ist nicht nur eine Position, sondern für uns als SPD ein Leitgedanke für die kommende Zeit. Ja, unsere Autobranche braucht Unterstützung auch aus der Politik, Hilfen und Förderung, um in dieser Transformation die Kurve zu kriegen. Aber Hilfe kann es nur für die geben, die zu ihrer Verantwortung stehen und nachhaltige Ziele über kurzfristige Renditen stellen. Für uns ist klar: Sowohl in der Transformation,

# IN STELLUNG GEGEN DEN STELLENABBAU

**DIE HIOBSBOTSCHAFTEN HALTEN AN: IN DER AUTOMOTIVE-BRANCHE IM SÜDWESTEN WIRD ZUR ZEIT GEKÜNDIGT WIE SEIT JAHRZEHNEN NICHT MEHR. MUSS DAS WIRKLICH SEIN ODER IST ES EIN PANISCHER TREND IM MANAGEMENT?**



Gemeinsam für die Beschäftigten: Matthias Miersch (SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag) und Andreas Stoch (SPD-Fraktionsvorsitzender in Baden-Württemberg) informieren sich über die Situation bei Daimler Truck.

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landtagsfraktion  
Baden-Württemberg

**Verantwortlich:**  
Roman Götzmann

**Redaktion:**  
Hendrik Rupp

**Anschrift:**  
SPD-Landtagsfraktion  
Baden-Württemberg  
Konrad-Adenauer-Str. 3  
70173 Stuttgart

**Telefon:**  
0711 2063-711/781

**E-Mail:** zentrale@  
spd.landtag-bw.de  
www.spd.landtag-bw.de

**facebook.com/**  
spdlandtagbw

**twitter.com/**  
spdlandtagbw

**instagram.com/**  
spdlandtag\_bw

aber auch bei Fragen wie dem Verbrenner-Aus stehen für uns die Beschäftigten, die Existenzen und unser aller Wohlstand im Mittelpunkt. Es geht um Menschen. Wie immer bei der SPD.

### SPD-Fraktion fordert Stopp für die Bürokratie

Über ein Übermaß an Bürokratie beschweren wir uns zu Recht alle, und niemand in der Politik verspricht nicht, Bürokratie abzubauen. Aber was gibt es jenseits dieser Versprechen? Während die aktuelle Landesregierung aus Grünen und CDU auch hier wieder nicht oder fast nicht handelt, hat die SPD jetzt einen weiteren konkreten Vorschlag vorgestellt:

■ **DAS BÜROKRATIE-MORATORIUM:** Das bedeutet, wir fordern die Landesregierung auf, für die nächsten zwei Jahre keine neuen bürokratische Belastungen zu verhängen. Also keine neuen Regelungen, die in Unternehmen zu zusätzlicher Bürokratie führen. Nicht zwingend notwendige Vorschriften müssen abgebaut werden, neue Gesetze und Regelungen müssen Bürokratie verringern und nicht erhöhen. Eine klare Ausnahme gilt dort, wo es um Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder um faire Wettbewerbsbedingungen geht oder um Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, zum Mindestlohn oder zur Tariftreue.

■ **Wir fordern auch den Aufbau von One-Stop-Agencies in der Verwaltung.** Das heißt, ein Unternehmen hat für alle Belange rund um Genehmigungen, Erweiterungen und vergleichbare Verfahren nur einen einzigen Ansprechpartner bei einer einzigen Behörde, nicht ein halbes Dutzend in x verschiedenen Stellen. Die Odysseen durch die Ämter müssen aufhören!

■ **Wir fordern außerdem eine spürbare Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung.** Dabei geht es nicht um die bloße Digitalisierung analoger Formulare, sondern um eine moderne, mitdenkende Verwaltung, die sich weiterentwickelt und -gestaltet. Der digitale Rückstand ist groß, aber gerade darin liegt eine enorme Chance für mehr Effizienz, Transparenz und Bürgernähe. Und wenn einem KI heute Bilder malt, Lieder singt und Texte übersetzt – warum kann KI dann nicht auch Behördenformulare ausfüllen?

FOTO: PASCAL SEEZ

